



Öffnung eines Massengrabs mit ermordeten Albanern: „Kampf den faschistischen Besitzern“

DPA

KOSOVO

Front im Süden

In letzter Minute versuchen Westeuropas Diplomaten, den Brandherd Kosovo zu löschen. Doch die Albaner, bisher dem gewaltfreien Widerstand verpflichtet, sind zunehmend entschlossen, das serbische Joch abzuschütteln – auch um den Preis eines Bürgerkriegs.

Inständig warb der Besucher aus Bonn um Vertrauen: „Ich bin ein ehrlicher Mann“, versicherte Klaus Kinkel serbischen Gesprächspartnern bei seinem ersten Belgrad-Besuch im Mai 1996: „Sie wissen, daß Verlaß auf mich ist.“

Serben-Chef Slobodan Milošević, heute Präsident Jugoslawiens, verließ sich auf das Wort des deutschen Außenministers. Dem nach vier Jahren internationaler Sanktionen ausgezehrten Balkanland stellte Kinkel das Ende der Quarantäne in Aussicht, versprach wieder Zugang zu westlicher Technologie und Finanzhilfe.

Die Gegengabe des Mannes, der immer von einem Großserbien geträumt hatte: eine Vereinbarung, in der sich sein Staat zur Wiederaufnahme von 120 000 abgelehnten Asylbewerbern verpflichtete, überwiegend Albanern aus der Unruheprovinz Kosovo.

Nun geht es wieder um das Kosovo, wenn Kinkel, im Gespann mit seinem französischen Amtskollegen Hubert Védrine, Mitte dieser Woche in Belgrad vorsprechen möchte. Denn von der Region um das mythische Amselfeld, 1389 Stätte der serbi-

schen Niederlage gegen die türkischen Eroberer, droht ein neuer Balkankrieg auszugehen. Mordanschläge albanischer Widerstandskämpfer von der mysteriösen „Befreiungsarmee Kosovo“ (UÇK) und Rachemassaker serbischer Polizeitruppen schüren einen Brandherd, dessen Flammen schnell auch auf die Nachbarstaaten Mazedonien und Albanien übergreifen könnten.

Diesmal ist Kinkel kein sonderlich willkommener Gast in Belgrad. Nicht nur, weil er keines seiner schönen Wirtschaftsversprechen hielt, obwohl die Bonner Jugoslawien-Botschaft dreimal mehr Rückkehr-Visa für Kosovo-Albaner ausstellte, als die deutschen Behörden abschieben konnten.

Irritiert hat in Belgrad vor allem die Rolle des rechthaberischen Schiedsrichters, in der sich der Deutsche wie zu einer Inspektionsreise ansagte – ausgerechnet Kinkel, der ständig „gegen die lebenswichtigen Interessen Serbiens und Jugoslawiens“ wirke, wie Rundfunk und Fernsehen furios befanden. Die Kommentatoren verdächtigen Bonns Chefdiplomaten gar, „einem

neuen Kriegsbrand auf dem Balkan das Wort zu reden“.

Doch Kinkel hat für die Reise eine internationale Druckkulisse im Rücken. Erst beschloß die Balkan-Kontaktgruppe, die aus Rußland, den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland besteht, ein Paket von Sanktionen – von Visa-Sperren bis hin zur Drohung mit dem Einfrieren von Auslandskonten. Dann verurteilten die Staats- und Regierungschefs der 15 EU-Länder samt ihren Kollegen aus elf beitriffähigen Staaten bei ihrem Treffen in London die brutale Gewaltanwendung gegen die Kosovo-Albaner; sie forderten einen Sonderstatus für die Provinz. Ziel bleibe, so Kinkel, eine Autonomie (siehe Interview Seite 180).

Das Europa-Parlament rief EU, Nato und die Vereinten Nationen auf, eine Eingreiftruppe für die Region vorzubereiten. Der Uno-Sicherheitsrat verlangte einen „ernsthaften politischen Dialog“; nach langem Hin und Her begann sogar Chinas Widerstand gegen amerikanische Forderungen nach einem Waffenembargo zu schwinden.

Nun wollen die Vereinten Nationen die Massaker der serbischen Sonderpolizei, bei der nach serbischem Eingeständnis „versehentlich“ auch Frauen und Kinder ums Leben kamen, untersuchen lassen.

Doch die diplomatische Feuerwehration kommt möglicherweise schon zu spät. Bei den Kosovo-Albanern, die nach der Auflösung Jugoslawiens 1991 die Internationalisierung des Konflikts anstrebten und jahrelang gewaltfreien Widerstand leisteten, ist die Stimmung umgeschlagen – für eine „Politik des Gegenterrors“ und der Selbstbefreiung mit allen Mitteln.

Das schwächt den 1992 von einer großen Mehrheit gewählten Präsidenten Ibrahim Rugova, der als oberster Repräsentant der etwa 1,8 Millionen Kosovo-Albaner gern von Europas Außenministern empfangen wurde. Unter seiner Führung wurde eine Art Schattenstaat in der serbischen Südprowinz aufgebaut, die selbsternannte „Republik Kosovo“ – illegal und von niemandem außer Albanien anerkannt, aber von Belgrad geduldet. Die Albaner boykottierten die serbischen Institutionen im Kosovo, gründeten eigene Krankenhäuser, Schulen, sogar eine Universität; der Unterricht fand in Privatwohnungen statt.

Soweit wie möglich regierten sie sich selbst, erhoben auch ihre eigenen Steuern, um ihre Selbstverwaltung zu finanzieren. Auf diese Weise kompensierten sie den Verlust der 1974 von Tito gewährten und 1989 von Milošević aufgehobenen Autonomie.

Doch diese Politik brachte die Albaner der Unabhängigkeit nicht näher. Die Serben verschärfen ständig ihre Schikanen. Zehntausende Albaner, die als politisch unzuverlässig galten, verloren ihren Job. Das Regime verurteilte Widerständler in Schnellverfahren zu scharfen Haftstrafen wegen „staatsfeindlicher Propaganda“ oder „separatistischer Umtriebe“. Den Albanern blieb nur, sich zu fügen oder zu gehen. In den verlassen Häusern siedelten die Serben ihre eigenen Flüchtlinge an – Landsleute aus der Krajina, die dort 1995 von den Kroaten vertrieben worden waren.

* Am Donnerstag vergangener Woche mit Königin Elizabeth II.

Der gewaltfreie Protest der Kosovo-Albaner richtete gegen den serbischen Staat nichts aus – und ermunterte den Westen, das Problem zu ignorieren. Der Literaturwissenschaftler Rugova, der in Paris studiert hat, und seine Partei Demokratische Liga Kosovo (LDK) verloren allmählich an Legitimation. Jetzt ist sogar fraglich, ob die von der LDK für nächsten Sonntag angesetzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen überhaupt noch stattfinden können.

Als Alternative präsentierte sich die UÇK, deren Untergrundkämpfer in den vergangenen zwei Jahren sporadisch Polizeistationen und Kasernen überfielen. Damit setzten sie sich bisher dem Vorwurf der LDK-Pazifisten aus, als Agents provocateurs der Serben zu handeln und den Vorwand für immer schärfere Unterdrückungsmaßnahmen zu liefern.

Anders als die LDK macht die UÇK kein Hehl aus ihrem Ziel, die Provinz im Süden Serbiens gewaltsam mit dem Mutterland Albanien zu vereinen. Den bewaffneten Kampf begründet sie mit dem Recht auf nationale Selbstbestimmung.

Jedes Mittel ist den Fanatikern recht, kein Menschenopfer zu hoch. Sie bezeichnen sich als die „einzige authentische Stimme im Freiheitskampf“, lehnen jeden Dia-

log mit den „faschistischen Besatzern“ ab und drohen „Pazifisten und Verrätern in den eigenen Reihen“. Mindestens zehn vermeintliche Kollaborateure wurden von ihnen schon hingerichtet. In vielem erinnert ihr Vorgehen an die kurdische PKK.

Vor allem junge Kosovo-Albaner bewundern die Aktionen der UÇK, über deren Führung und Kommandostrukturen kaum etwas bekannt ist. Einen Sprecher haben sie nicht.

Im Kampf-Kommuniqué Nr. 45, vergangene Woche dem SPIEGEL zugestellt, verlangt die UÇK von allen Albanern Einigkeit und kündigt die Verfolgung von „Abwechslern“ an, die sich vor einem Kriegsgericht zu verantworten hätten. Es könne nicht hingenommen werden, daß die friedfertigen LDK-Führer ihre „destruktive und demobilisierende Politik“ ungestört fortsetzen, anstatt sich „dem Kampf für die Befreiung anzuschließen“.

Vorbild der Untergrund-Armee ist der erfolgreiche Unabhängigkeitskampf der Kroaten und Bosnier: „Ohne das Eröffnen der Nordfront durch Waffengewalt“, heißt es in einer früheren UÇK-Erklärung, „hätten wir den Kampf im Süden nicht aufnehmen können.“ Die Welt werde erst einmal abwarten und dann entscheiden –

zugunsten eines freien Kosovo. „Brüder und Schwestern“, schließen die UÇK-Kämpfer ihren Aufruf, „Europa will Ruhe auf dem Balkan, also wird es uns früher oder später Kosovo überlassen.“ Doch das kann Milošević nicht mitmachen, von seinem erträumten „Serboslawien“ ist schon jetzt nur ein Rumpfstaat übriggeblieben.

Für den Westen rächt es sich nun, daß es auf der Konferenz über die Neuordnung des ehemaligen Jugoslawien in Dayton 1995 nicht gelang, die ungelöste Kosovo-Frage aufzunehmen: ein stillschweigendes Zugeständnis an Belgrad, das Problem künftig als innere Angelegenheit Serbiens zu betrachten.

„Das war der Persilschein für ein noch brutaleres Vorgehen“, be-



Europäische Staats- und Regierungschefs beim Gipfel in London*: Sonderstatus für die rebellische Provinz gefordert

hauptet die in Deutschland lebende LDK-Sprecherin Donika Gervalla, deren Vater Jusuf 1982 bei Heilbronn – wahrscheinlich vom jugoslawischen Geheimdienst – ermordet wurde und heute als Märtyrer von allen albanischen Gruppierungen verehrt wird.

Auch jetzt versichern die westlichen Regierungschefs den Serben immer wieder, die territoriale Unversehrtheit Jugoslawiens müsse erhalten bleiben. Ob Präsident Milošević sich von vagen Drohungen des deutschen Außenministers („Über militärische Maßnahmen haben wir noch nicht gesprochen“) einschüchtern läßt, ist deshalb zweifelhaft.

Im Uno-Sicherheitsrat besteht keine Neigung, den Kosovo-Konflikt gemäß Kinkels Wunsch zu „internationalisieren“ und Mandate für einen Militäreinsatz zu erteilen. Viel mehr als ein paar Polizisten als Streifengänger an der albanischen Grenze könnte auch die Westeuropäische Union (WEU) kaum aufbieten.

Nato-Generalsekretär Javier Solana wurde bei einem Blitzbesuch in Tirana am Donnerstag mit Bitten um modernes Kriegsgerät konfrontiert. Er lehnte das Ansinnen der Albaner jedoch ab, vorsorglich Truppen der Allianz nahe der Grenze zum Kosovo zu stationieren – ähnlich dem „präventiven Einsatz“ amerikanischer und skandinavischer Blauhelme in Mazedonien. Washington möchte seine 350 Soldaten, die dort seit Sommer 1993 die Grenze überwachen, lieber heute als morgen abziehen: Europäer sollten den Job zur Gänze übernehmen.

Selbst da sträuben sich die Alliierten: London möchte sein Balkan-Engagement reduzieren und sich vor allem um Nordirland kümmern. Paris hält sich bedeckt, weil es die Serben nicht noch weiter demütigen möchte. Rußlands Präsident Boris Jelzin ließ wissen, über seinen Anteil an der Sfor-Truppe zur Stabilisierung Bosniens hinaus werde Moskau keine Einheiten in das Kosovo schicken.

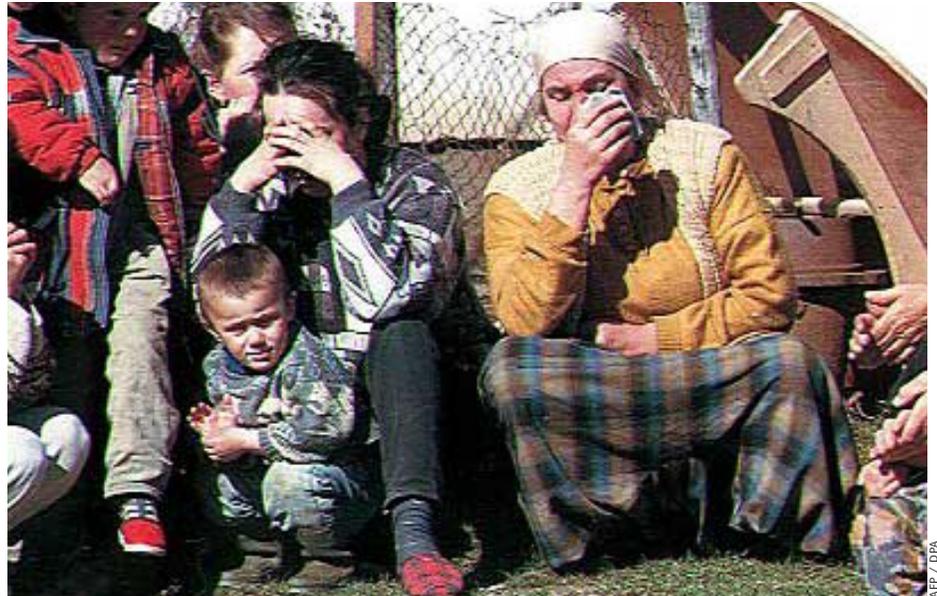
Auf zusätzliche Bundeswehr-Soldaten für den Balkan könnte Kinkel schon gar nicht zählen. Die verfügbaren „Krisenreaktionskräfte“ seien mit dem Sfor-Einsatz in Bosnien voll ausgelastet, so die Militärs. Die Truppen müssen aus der ganzen Republik zusammengesucht werden, „das Heer ist am Ende“, warnen Gehilfen des CDU-Verteidigungsministers Volker Rühle.

Konkrete Pläne hat die Bundeswehr indes für ein anderes Szenario: Wenn in Albanien durch Flüchtlingsströme oder neue Unruhen Chaos ausbräche, sollen bedrohte Deutsche mit Hubschraubern der Sfor-Truppe evakuiert werden – so wie vor einem Jahr während der bürgerkriegsähnlichen Kämpfe aus Tirana.

Auf einer Wandkarte im Führungszentrum der Hardthöhe sind die Landeplätze schon markiert.

Angst hinter Mauern

Die serbische Repression verhärtet den Widerstand der Albaner. Sie wollen kämpfen bis zur Unabhängigkeit. Von Renate Flottau



Albanische Flüchtlinge im Kosovo: Belagerungszustand in den Dörfern

Jeden Augenblick erwartet Arife Behrami, 33, die Wehen. Sie fürchtet Komplikationen nach all den Strapazen, aber zur Welt bringen wird die Albanerin ihr drittes Kind im provisorischen Krankenhaus „Mutter Teresa“ in Priština, das von Albanern geleitet wird. In die staatliche, von Serben geführte und besser ausgestattete Klinik traut sie sich nicht.

„Wie könnte ich“, sagt die Frau, „wo die uns doch so hassen.“ Ihr Mann hält sich noch immer in den Wäldern im Gebiet Drenica verborgen, auf der Flucht vor serbischen Polizisten, die in den vergangenen zwei Wochen mindestens hundert Albaner in der Umgebung getötet haben.

Gemeinsam mit der Familie Behrami liefen die 700 Einwohner des Dorfes im Mondschein vor den heranrückenden Einheiten in den etwa zwei Kilometer entfernten Wald. Zwei Nächte verbrachte die hochschwangere Albanerin bei eisigem Wind, ohne Wasser und Brot. Als das Dröhnen der Granaten und das Peitschen der Schüsse in der Ferne nicht nachließen, machte sie sich mit einigen anderen Frauen über Berge und Felder auf zu Verwandten und Freunden in die Kosovo-Hauptstadt Priština.

Heimkehren will sie erst dann, wenn die Schikanen der Serben aufhören. Alle drei Tage sei die Polizei vor dem Überfall ins Dorf gekommen und habe nach Waffen gesucht. Wenn sie nichts fand, verprügelte sie die Männer.

„Alle Einwohner, auch ich, würden für die Unabhängigkeit des Kosovo kämpfen und sterben“, schwört Arife. „Wenn ich einen von diesen Mördern in die Finger bekomme, werde ich ihn erschießen und seinen Leichnam ins Feuer werfen.“

Nur fünf Kilometer entfernt töteten Spezialeinheiten der serbischen Polizei Dutzende Albaner, darunter auch Frauen und Kinder – unter dem Vorwand, ein Terrorstennest ausheben zu müssen. Nahezu alle albanischen Häuser von Donje und Gornji Prekaz sind zerstört. Doch die Serben fühlen sich wie immer moralisch im Recht, trotz des lakonischen Eingeständnisses aus Belgrad, bei der Aktion seien „möglicherweise“ auch unschuldige Zivilisten erschossen worden.

Man habe nur nach allgemeingültigen Rechtsprinzipien gehandelt, verteidigt sich ein Polizist gegenüber Journalisten, die mit Genehmigung des serbischen Innenministeriums im Autobus zur Besichtigung des Kampffeldes gefahren werden. Nirgendwo ist ein Albaner zu sehen. Herumirrendes Vieh sucht nach Futter und strebt in die Ställe, doch die sind ausgebrannt. Die Leichen der Albaner wurden längst weggeschafft, vor den Häusern liegen Hunderte Patronenhülsen.

In einem rauchgeschwärtzten Hinterhof haben serbische Polizisten aus den Ziegeln einer zertrümmerten Mauer einen Grill gebaut und wärmen über offenem Feuer tür-